

# Dekolonisation und nationale Identität

## Die Ambivalenz der Erinnerungsarbeit

Manfred Overmann\*

» Die Erinnerungsarbeit zur Dekolonisation muss die Schizophrenie zwischen brutaler Dominanz und zivilisatorischer Mission auflösen. Dabei gilt es, die positive wie negative Rolle Frankreichs, aber auch die Opferneurosen aufzuzeigen. Das neue „Ministère de l’Immigration, de l’Intégration et de l’Identité nationale“ hilft dabei nicht.

Die Kolonisation steht für das 19., die Dekolonisation für das 20. Jahrhundert. Von der kulturellen Warte aus betrachtet ist Frankreich das Land des Kartesianismus, der Laizität und die Wiege der Aufklärung, welche zunächst die amerikanische, dann die Französische Revolution beeinflusst und die Menschenrechte begründet hat. Über Jahrhunderte hinweg war Frankreich jedoch auch ein Kolonialstaat, der die Sklaverei und die Unterdrückung von Völkern betrieben hat.

Gegenwärtig sind Kolonisation und Dekolonisation Gegenstand eines eindringlichen Erinnerungskrieges, und Vertreter sämtlicher politischer Couleure machen Vorschläge, wie die Ereignisse, Helden oder Opfer im Positiven oder Negativen, gewürdigt beziehungsweise gefeiert werden sollten. Dieser von den Erinnerungsaktivisten praktizierte Dualismus ist häufig Gruppen zuzuschreiben, die ein bestimmtes Gedenken befördern wollen, ohne dabei die Vielfalt der meist komplexen historischen Fakten aufzuarbeiten und ohne das gegnerische Lager zu berücksichtigen. Für den Historiker handelt es sich um aktuelle Manipulationen traumatischer Erinnerungen sowohl der ehemals Kolonisierten als auch der früheren Kolonisatoren.

Selbst innerhalb der Linken, die sich heutzutage gerne prinzipiell für antikolonialistisch erklärt, sind die Tendenzen zweideutig, ja widersprüchlich. Die seit 40 Jahren unveränderte Definition

von „colonisation“ und „coloniser“ in der 2007 erschienenen Ausgabe des *Petit Robert* – „coloniser un pays pour le mettre en valeur“ – gießt nur weiteres Öl ins Feuer, zumal wenn man sie mit dem Geist des Gesetzes vom 23. Februar 2005 über die „positive Rolle“ der Kolonisation in Verbindung bringt, gegen den kürzlich ein von Claude Liauzu und Gilles Manceron (2006) veröffentlichtes Buch anzugehen versuchte. Der gegen den französischen Neokolonialismus in Afrika engagierte Verein „Survie“ hat gleichfalls die Hartnäckigkeit angeprangert, mit der sich positive Bilder vom Kolonialwesen in der französischen Gesellschaft halten, und ein politisches Musikprojekt („Décolonisons“) mit einer 18 Lieder umfassenden CD initiiert, die anlässlich der „semaine anti-coloniale“ im Februar 2007 erschienen ist.

Im Rahmen der in dieser Zeitschrift erschienenen Studie zur Ambivalenz der Kolonialgeschichte (siehe *Dokumente*, 4/2007)<sup>1</sup> handelte es sich darum, die Vergangenheit des Hexagons und seiner Kolonien im Kontext des republikanischen Frankreich zu beleuchten – und nachzuverfolgen, wie sich das Ursprungsland der Menschenrechte in politische, wirtschaftliche und moralische Widersprüche verstrickt, um – auch über einen generell positiv gefärbten Schulunterricht – das schöne Bild seiner „zivilisatorischen Mission“ aufrecht zu erhalten. Die Dekolonisation nun bedeutet den Aufstieg zur politischen, wirtschaftlichen und

\* Manfred Overmann ist Studienrat an der Pädagogischen Hochschule in Ludwigsburg. Übersetzung: Nicola Denis.

rechtlichen Unabhängigkeit gegenüber einem Kolonialstaat, also den Prozess, durch den ein bisher von einer gewaltsam und eigennützig agierenden Fremdherrschaft kolonisiertes, besetztes, bevölkerteres und ausgebeutetes Land auf dem eigenen Staatsgebiet die Souveränität erlangt. Obwohl sich Vorboten für die Dekolonisation des französischen Kolonialreichs bereits in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen angekündigt haben, erreichte die Dekolonisation des französischen Imperiums erst zwischen 1945/46 und 1958/1960/62 ihren Höhepunkt. Die vorliegende Untersuchung beschränkt sich auf Überlegungen zu der von Alexandre Gerbi<sup>2</sup> in den Vordergrund gestellten Ambivalenz der Dekolonisation und auf die Probleme, die sich daraus für die aktuelle Debatte ergeben.

## Mehrdeutige Dekolonisation

Die in den 1960er Jahren erneut unabhängig gewordenen Länder sollten mit diversen Problemen konfrontiert werden: mit politischen (häufige Diktaturen, mühsame Demokratisierung), demographischen (hohe Geburtenrate), soziokulturellen (ethnische beziehungsweise religiöse Konflikte) oder solchen, die sich – sei es auf der außenpolitischen Ebene (Präsenz der französischen Armee in bestimmten afrikanischen Ländern), sei es in wirtschaftlicher Hinsicht (enorme Verschuldung) – aus der schwierigen Beziehung mit dem ehemaligen Kolonisator ergeben. In den meisten Fällen war die Dekolonisation ein Spiel mit falschen Karten, da sich die neuen Staaten nicht selbst genügen konnten. Weit davon entfernt, die Instabilität der Dritten Welt beheben zu können, hat sich der Nord-Süd-Dialog aus der Armut Asiens und Afrikas gespeist und dazu beigetragen, die auf der Welt herrschende Ungerechtigkeit langfristig festzuschreiben.

Es muss außerdem betont werden, dass die Anstöße für die Dekolonisation nicht nur aus den nationalistischen Bewegungen innerhalb der kolonisierten Länder und dem Druck von außen erfolgten sind, sondern auch aus einem zutiefst französischen Egoismus heraus. Als man den Kolonisierten nicht länger die brüderliche Integration und

die französische Staatsbürgerschaft verweigern kann, zieht Frankreich es vor, die Länder abzustoßen, die nicht weiter vorsätzlich auszubeuten sind und folglich eine Last darstellen.

Wäre damit die gaullistische Dekolonisation nicht vielmehr gleichbedeutend mit einem geplanten und hinsichtlich des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interesses Frankreichs kalkulierten Fallenlassen? Hätten die politischen Verantwortlichen es wirklich gerne gesehen, wenn sich eine schwarzafrikanische Rasse Gehör verschafft, sich als Vertreterin der „Marianne“ verstanden und von denselben Rechten Gebrauch gemacht hätte wie die Franzosen im Mutterland? Eine solche Reform hätte tatsächlich das Wesen der Kolonisation im Kern getroffen, wobei das gleichermaßen materielle wie geistige Risiko nicht unerheblich war.

Indem man durch die scheinbare Unabhängigkeit einen „Klotz am Bein“ loswurde, konnte die politisch korrekte Demokratie hinter der Maske des Neokolonialismus ungestört mit der Plünderung der lokalen Ressourcen fortfahren, indem gleichzeitig die Gefahr von Aufständen oder kolonialen Ansprüchen gebannt war. Die gaullistische Dekolonisation käme demnach weniger den integrationswilligen Völkern entgegen, sondern legte eher ein Zeugnis ab von einer unliebsamen Integration der „Eingeborenen“ und der gescheiterten Assimilation.<sup>3</sup>

Wir können uns die berechtigte Frage stellen, ob die derzeitige „kalkulierte Blauäugigkeit“ des neuen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy die franko-afrikanischen Beziehungen in ein „co-développement“ verwandeln kann, das die afrikanische Misere zu lindern vermag; oder ob die multinationalen Konzerne weiterhin die Wirtschaft des frankophoneren Afrika in der Hand haben und Profit daraus ziehen, selbst wenn entsprechend verbesserte Beziehungen zu manchen Diktatoren in Kauf zu nehmen und hinsichtlich der Korruption beide Augen zuzudrücken sind. In der Tat ist in dieser „monde mondialitaire“, in der die Interessen Frankreichs über die in Afrika ansässigen multinationalen Unternehmen vertreten werden, der politische Spielraum extrem begrenzt.

Frankreich hat seine Kolonien nicht „verloren“, sondern sich absichtlich von ihnen losgesagt, um

in der Assemblée nationale keine schwarzen, arabischen, berberischen oder indochinesischen Abgeordneten zulassen zu müssen. Somit kann man sich fragen, ob die Anerkennung der Eingeborenen als französische Staatsbürger nicht das Verhältnis zwischen Kolonisierten und Kolonisatoren stärker verändert und den Kolonialismus gründlicher beendet hätte, als es die angebliche Dekolonisation je vermochte. War sie nicht vielmehr die ausgeprägteste Form des Kapitalismus? Paradoxerweise zielte die Dekolonisation auf eine Verlängerung der Kolonisation ab. Indem de Gaulle Afrika die Unabhängigkeit anbot, hat er eine wirkliche Dekolonisation vermieden.

Durch die Aufgabe des zur Last gewordenen Kolonialimperiums wurde es in Zukunft möglich, in Frankreich zu investieren, wo das Kapital besser verwendet würde. Gleichzeitig war darauf zu achten, dass in Afrika der französischen Regierung und Wirtschaft gewogene Regime eingesetzt wurden. Indem die Investitionen erneut auf das Hexagon konzentriert wurden, rechnete der „métropolisme“ oder „cartérisme“ der 1950er Jahre mit direkten Gewinnen im Mutterland und machte nach der legendären Formel „la Corrèze avant le Zambèze“ die Dekolonisation zu einem lukrativen Instrument des Gewinns. Auf dem internationalen Parkett profitierte General de Gaulle von der glanzvollen Aura eines Befreiers kolonisierter Völker und bediente gleichzeitig neokolonialistische Ziele. Er machte also guten Gewissens ein gutes Geschäft. Dieser wirtschaftliche Rückzug wurde jedoch von den afrikanischen Intellektuellen angeprangert, die das Ausmaß und die Gefahr eines solchen Abzugs der Investitionen für die Selbstbestimmung und die Entwicklung des Landes erfassten.

Dennoch muss man festhalten, dass auch die afrikanischen Länder nicht auf ihre Unabhängigkeit in Form einer nur schwer zu verwirklichenden wirtschaftlichen und politischen Autonomie pochten. Eher auf Gleichstellung als auf Unabhängigkeit bedacht, machten sie sich gerne den assimilationistischen und universellen Diskurs der III. Republik zu eigen, der die „Neger“ zu strammen kleinen Franzosen erziehen wollte, die „Nos

ancêtres les Gaulois“ rezitieren durften. Indem vom freien Menschen und dem aufrechten Bürger angesichts jeder Form der Sklaverei die Rede war, hatte die Republik in den Kolonien unzählige Herzen erobert, die sich als Franzosen empfanden und sich den Aufbau einer franko-afrikanischen Gemeinschaft zum Ziel setzten.

Trotz Missbräuchen seitens der Kolonisatoren und begangener Verbrechen hat die französische Präsenz nicht nur schlechte Erinnerungen bei den Afrikanern hinterlassen, deren vorkolonialistische Lage sich bisweilen noch schlimmer ausnahm und manche Afrikaner von einem großzügigen und reichen Frankreich träumen ließ. Mithin hat die Dekolonisation auch die Angst vor dem wirtschaftlichen Ruin und vor der Rückkehr zu dem von manchen Stammesführern praktizierten und vom einfachen Volk verächtlich betrachteten Zustand der Sklaverei heraufbeschworen.<sup>4</sup> Gerbi zu-

**„Frankreich hat seine Kolonien nicht ‘verloren’, sondern sich absichtlich von ihnen losgesagt.“**

folge haben „viele Afrikaner die Kolonisation begrüßt“ und zur Stunde der Unabhängigkeitsbewegungen die gaullistische Dekolonisation gar nicht gefordert. Das einzige, was die Afrikaner

wollten, war schlicht eine Kolonisation, die endlich mit den schönen Reden der III, IV. und V. Republik übereinstimmte und die von Brazza formulierten Ziele einlöste: „respect des populations et des individus, développement et généralisation de l’instruction, mise en valeur du pays, répartition des richesses“.<sup>5</sup>

Ferner können wir festhalten, dass in der V. Republik zwischen 1970 und 2000 eine dualistisch angelegte anti-patriotische (Patriotismus wird entsprechend mit Nationalismus gleichgesetzt) und anti-französische Ideologie aufkam: Die Franzosen, für schuldig an der Kolonisation befunden, wurden zu Verbrechern, von denen man selbstanklägerische Reue erwartete, während sich die Kinder der Migranten sämtlich als Opfer sahen. Diese Klischees entsprechen jedoch nur teilweise der Wirklichkeit, und beide Parteien müssen sich für eine Entwirrung dieser dualistischen Verstrickung einsetzen, indem die von Frankreich gespielten positiven beziehungsweise negativen Rollen aufzuzeigen, aber auch die Opferneurosen

zu beleuchten sind. Folglich muss man die Tatsache akzeptieren, dass die Geschichte des französischen Volkes nicht die Geschichte der Regierenden ist; nicht das Volk hat den Kolonisierten die Staatsbürgerschaft vorenthalten und sich geweigert, sie aufzunehmen. Aber ist es zu diesem Punkt je wirklich befragt worden?

Ist es nicht so, dass der Mensch dem Menschen oftmals ein Wolf war und noch ist, ungeachtet der Hautfarbe von Opfer oder Henker? Um mit Camus zu sprechen – und im Einklang mit dem chinesischen Sprichwort „Gib einem Hungernden einen Fisch, und er wird einmal satt, lehre ihn Fischen, und er wird nie wieder hungern“ – ist Wiedergutmachung wichtiger als Reue. Die Geschichte Afrikas und seine Zukunft müssen sich dem französischen Geist einprägen, damit die kolonialen Wunden geheilt und das ideologische Gefängnis und die zivilisatorischen Sackgassen, unter denen wir alle leiden, verlassen werden können. Doch man muss sich erinnern, um zu sich finden zu können.

## Staatliche Geschichtspolitik

Wie konnten die französischen Abgeordneten, 40 Jahre nach dem die Unabhängigkeit Algeriens besiegelnden Abkommen von Evian, für dieses beschämende Gesetz vom Februar 2005 stimmen, das in Artikel 4 die Lehrer darauf verpflichtet, „le rôle positif de la présence française outre-mer, notamment en Afrique du Nord“ zu zeigen, und das die kolonialen Handlungsträger rehabilitiert, die Menschenrechte, Gerechtigkeit, Demokratie und Gleichstellung mit Füßen getreten haben und für massive Ausrottungen verantwortlich sind? Marc Ferro, der der Kolonisation eine „im Großen und Ganzen negative“ Bilanz bescheinigt, erklärt am 8. Dezember 2005 im *Nouvel Observateur*: „L'Etat n'a pas le droit de présenter la morale de l'histoire dont il a été l'agent; sanctifiant sa politique comme s'il avait toujours incarné le bien. Voilà une tentation qui rappelle celles des Etats totalitaires et la célèbre phrase de Khrouchtchev considérant les historiens comme des gens dangereux“.

Die französische Regierung ist bereits mehrfach in Sachen 'Geschichte' gesetzgeberisch aktiv

geworden: 1990 das Gesetz gegen die Leugnung des Holocaust, 2001 das Gesetz Taubira zur Anerkennung der Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder 2001 und 2006 die Gesetze zum armenischen Völkermord von 1915–1916. Ist der Staat nicht dabei, seinen Kompetenz- und Machtbereich zu überschreiten, wenn er sich auf das Feld der Erinnerungsarbeit begibt, die im Grunde genommen von der Historikerzunft geleistet werden muss? Ist der Staat berechtigt, eine „Vulgata“ für die Schule festzulegen und die Bürger mithin auf eine verbindliche und widerspruchsfreie Sicht zu verpflichten, die durch die Trikolore-Brille gleichsam eine weiße Weste bekommt?

Die Verstrickung Frankreichs in Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der Kolonisation ist ein unbestreitbares Faktum, und der doppelzüngige Diskurs der V. Republik tarnt sich nach wie vor mit den Idealen des Aufklärungszeitalters, um zu vertuschen, dass in Wirklichkeit schlichtweg im Namen des nationalen Interesses gehandelt wurde. So hat der Marschall Bugeaud, Eroberer Algeriens in der Mitte des 19. Jahrhunderts, sich nicht gescheut, als er für die Massaker an Tausenden Algeriern einstehen muss, vor dem Abgeordnetenhaus zu erklären: „Je préférerais toujours les intérêts français à une absurde philanthropie pour les étrangers qui coupent la tête de nos soldats prisonniers ou blessés.“ Und Toqueville tritt wie folgt in seine Fußstapfen: „Je ne pense pas“, dit-il, que ‘le mérite dominant de M. le maréchal Bugeaud soit précisément d’être un philanthrope: non, je ne crois pas cela; mais ce que je crois, c’est que M. le maréchal Bugeaud a rendu sur la terre d’Afrique un grand service à son pays.’“<sup>6</sup>

Der damalige Staatspräsident Jacques Chirac sollte sich erst am 15. Februar 2006 dazu bereit erklären, das schändliche Gesetz außer Kraft zu setzen, nachdem er noch das ganze Jahr 2005 über versucht hatte, die Polemik zu ersticken – im selben Jahr, in dem die Banlieues durch junge Migranten in Brand gesetzt werden, die gegen Diskriminationen zu Felde zogen und Frankreich die Auswirkungen seiner kolonialen Vergangenheit vor Augen führten. Auf der Suche nach ihrer Identität sehen die Nachkommen der Einwanderer eine Parallele zwischen der Kolonialherrschaft be-

ziehungsweise der von ihren Großeltern in Schwarzafrika oder im Maghreb erfahrenen Unterdrückung und ihren aktuellen Problemen. Sie versuchen, ihrer Geschichte eine neue Bedeutung zu geben und gleichzeitig wieder Wurzeln und Sinn in der französischen Nation zu finden, mit deren Diskriminationen – in ihren Augen unverdaute Auswirkungen der kolonialen Vergangenheit – sie gleichwohl zurecht kommen müssen.

Es ist also eine Erinnerungsarbeit zu leisten, um die Schizophrenie zwischen brutaler Dominanz und zivilisatorischer Mission aufzulösen. Nach Meinung von Gilles Manceron, Autor von „Marianne et les colonies“<sup>7</sup> und Vizepräsident der Menschenrechtsliga, steht die Mehrheit der Franzosen nach wie vor im Bann der utopischen Diskurse des zivilisationsvermittelnden Mutterlandes von einst; und Frankreich bebt vor denen, die ihm vorwerfen, aus der Vergangenheit nichts gelernt zu haben. Diese Erinnerungsarbeit ist unerlässlich, damit alle Franzosen unterschiedlichster Herkunft in der Perspektive einer multikulturellen Gesellschaft leben können.

„Black, blanc, beur“: Trotz eines Charles de Gaulle, der lieber sein Kolonial(Reich) aufgab, als dem Wunsch nach Gleichheit und Brüderlichkeit der afrikanischen Bevölkerung nachzukommen, und der lieber eine ebenso weiße wie katholische nationale Identität bewahren wollte, als den Kolonisierten die Staatsbürgerschaft zu verleihen, ist das Frankreich des 21. Jahrhunderts ein permanenter Meltingpot, wenn wir einen Blick auf das bunte Bild werfen, das Alexandre Gerbi in seinem kürzlich erschienenen Buch „Histoire occultée de la décolonisation franco-africaine“ vorstellt: „Presque tous mes amis viennent d'ailleurs, par leurs parents. Le père de François vient de Madagascar, celui de Jean-Marie du Maroc, Patrick est né au Sénégal, Dounia est marocaine mais elle se dit Française [...]. Et nous sommes de plus en plus nombreux à la vivre à travers tout le pays, cette France fusionniste, à en profiter, à en sucer la mamelle, pour conjurer cette pseudo décolonisation qui ne nous correspond pas, et qui fut faite pour empêcher que n'advienne une France sang-mêlée qui pourtant grandit, beauté parfois convulsive.“<sup>8</sup> Gerbi zufolge kommt die Erinnerungsarbeit nicht um ein lästiges Geständnis im Hinblick auf den

„blancisme“ (Weißheitswahn) und den Rassismus der V. Republik herum. Die jungen Nachkommen haben ein Recht darauf, die oft ambivalenten und widersprüchlichen Entscheidungen der Republik zu kennen, damit sie nicht länger eine Vergangenheit verdrängen müssen, die hasserfüllte Erinnerungen heraufbeschwört und gefährliche Neurosen produziert. Die französischen Eliten mit ihrer „post-gaullistischen Kollektivneurose“<sup>9</sup> müssen der Geschichte ins Auge sehen und einsehen, dass zum Eindämmen des in den Banlieues aufsteigenden Hasses das Schweigen gebrochen werden muss; dass ferner ein Licht auf die Tatsachen und unterschiedlichen Deutungen gerichtet werden muss, die von den Handlungsträgern und Opfern der Kolonisation beziehungsweise Dekolonisation vorgebracht werden, damit sich die jungen Leute ihr Urteil bilden und ihre eigene Identität in einer interkulturellen und rassistisch durchmischten Welt aufbauen können.

## Die Debatte zu nationaler Identität und Immigration

Seit seiner Gründung durch den Ministerrat am 30. Mai 2007 ruft die Bildung des „Ministère de l'Immigration, de l'Intégration et de l'Identité nationale“ weiterhin Proteste hervor.<sup>10</sup> Indem er den Staat mit der Macht ausstattet, die nationale Identität zu definieren und über ihre Unverletzlichkeit zu wachen, verknüpft der neue Präsident Nicolas Sarkozy den Staat mit der Nation, über die er doch eigentlich hinausgehen sollte. Der republikanische Staat muss unabhängig von ihrer Nationalität für die Rechte aller Bewohner bürgen. Indem er sich die nationale Identität als wesenhaft aneignet, institutionalisiert der Staat ein Denksystem, das sich einer „Migranten-Identität“ entgegenstellt und eine Macht missbraucht, die ihm nicht zusteht.

Nach Meinung des Ideengeschichtlers Tzvetan Todorov<sup>11</sup> fällt in einer liberalen Demokratie die Frage der nationalen Identität nicht in den Bereich der Regierung und sollte außerhalb der Gesetze stehen. Die Nation setzt sich aus Millionen von Individuen zusammen, und der Staat darf sich nicht in ihre Suche nach Wahrheit oder in ihr Liebesleben einmischen. Es ist nicht seine Aufgabe,

Geschichte und Erinnerung zu instrumentalisieren und die Zivilgesellschaft vollständig zu kontrollieren, indem er Ministerien gründet, auf deren Liste Nicolas Sarkozy gerade einen weiteren Eintrag gesetzt hat.

Todorov vertritt die Ansicht, dass die Verknüpfung der Termini „Immigration“ und „nationale Identität“ ein negatives Verhältnis zwischen den Begriffen suggeriere: [...] „l’immigration est ce dont il faut protéger l’identité française.“ Die Immigration aber ist die Grundlage aller wichtigen Nationen, die seit der Zeit der Gallier, Franken und Römer bis auf den heutigen Tag aus den Begegnungen unterschiedlicher Bevölkerungen hervorgegangen sind. Wenn man weiß, dass jeder vierte Franzose ein Eltern- oder Großelternanteil unter den Immigranten hat, kann die Immigration keine Ausnahmerecheinung sein, geschweige denn ein Problem, ein Risiko oder eine Bedrohung für die Unverletzbarkeit der Nation.

Im Kontext der Mondialisierung muss sich die Identität des modernen Staates auf die Grundlage eines politischen Entwurfs stellen, der sich klar von einer ethnischen beziehungsweise ideologischen Vorstellung lossagt, über die ein vermeintlich die nationale Reinheit gefährdender fremdenfeindlicher Nationalismus transportiert wird.

Die in den gegenwärtigen Diskursen grassierenden Verquickungen lassen in Vergessenheit geraten, dass die „Muslime“, „Afrikaner“, „Araber“, ja alle marginalisierten „Migranten“, in erster Linie französische Staatsbürger sind! Wird die neue Regierung denselben Fehler wie de Gaulle begehen, indem sie denen, die ihren Familien nachkommen wollen, die Papiere verweigert oder bestimmten Volksgruppen, die einer ehrenvollen Arbeit für Frankreich nachgehen, die Staatsangehörigkeit vorenthält? Die „chasse aux jeunes“, die aus dem Nichts emigriert sind, die Zerstörung von Familien, die Politik der Visen und Charterflüge für Abgeschobene haben – mehr noch als die Reform des Staatsbürgerrechts – einen rassistischen Anstrich.

Aus Protest gegen die Gründung des Ministeriums haben acht Historiker und Demographen bei den öffentlichen Einrichtungen der CNHI

(Cité nationale de l’histoire de l’immigration) gekündigt, und der französische Anthropologen-Verband (Association française des anthropologues) hält die Gründung dieses Ministeriums für überaus beunruhigend: Wird die Regierung den Druck auf die Ausländer verstärken, das Asylrecht schleifen, Aufenthaltsgenehmigungen verweigern und Ausweiskontrollen unter dem Vorwand ausweiten, gegen die illegale Einwanderung angehen zu wollen? Indem er die Nation als bedroht darstellt und den Graben zwischen der nationalen Frage und der Tatsache der Migration weiter vertieft, stigmatisiert der Staat die ausländischen Bürger, akzentuiert Uneinigkeit, Diskrimination oder Ungleichheit und weckt einen rechtsextremen Nationalismus. Die Sympathisanten des Front National, der seit den 1980er Jahren mit dem Thema der Immigration hausieren geht, aber auch 80 Prozent der UMP- und 60 Prozent der UDF-

Wähler unterstützen den Ansatz des Ministeriums, das trotz allem einen haarsträubenden Rückschritt bedeutet.

Der Soziologe Laurent Mucchielli<sup>13</sup>, der bestürzt wahrnimmt, wie sich die öffentli-

che Debatte auf „den Kampf gegen die illegale Einwanderung und andere franko-französische Obsessionen“ konzentriert, erinnert uns daran, dass in den 1930er Jahren die Ausländer schon einmal als Sündenböcke für die Wirtschaftskrise herhalten mussten. Nachdem man Italiener und Polen nach dem Abschlagen des Ersten Weltkrieges für den Wiederaufbau und die Wiederbevölkerung Frankreichs geholt hatte, gaben Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu einem populistischen Fremdenhass Anlass, der sich damals gegen die „Itaker“, „Polacken“ und anderes „Fremdenpack“ austobte. Das Vichy-Regime schließlich erbrachte die Synthese sämtlicher Rassismen im Namen der Parole „La France aux Français“. Derzeit kommen ebendiese Konnotationen des kollektiven Gedächtnisses wieder hoch, und die Ausländer werden erneut für die in Frankreich herrschende Krise verantwortlich gemacht.

Dennoch bestehen unsere Gesellschaften aus Angehörigen der unterschiedlichsten Gemeinschaften, so dass die nationale Identität nicht der

### „Der Ansatz des neuen Ministeriums bedeutet einen haarsträubenden Rückschritt.“

einzigste Bezugspunkt sein kann. Das multirassische und multikulturelle Frankreich ist ein Einwanderungsland und war nie eine bereits vorgefertigte Nation. Die Identität einer Nation ist ständig in Bewegung, verändert sich und wird zunehmend komplexer. Die französische Gesellschaft des Jahres 2007 ist nicht mit der von 1707 gleichzusetzen. Die Laizität (1905), das Frauenwahlrecht (1944) oder das Anrecht auf Verhütung (1967) haben die Gesellschaft tiefgreifend verändert und der nationalen Identität ein neues Ge-

sicht verliehen. Demgegenüber spiegelt die Gründung eines Ministeriums der nationalen Identität eine beschränkte und gefährliche Vorstellung wider, da sie keine Rücksicht auf die Pluralität der Identitäten nimmt, die für das Land nicht nur eine Chance, sondern auch eine wirtschaftliche, demographische und kulturelle Grundlage bedeutet.

**Der Beitrag ist in französischer Sprache ungekürzt abrufbar unter: <http://www.ph-ludwigsburg.de/html/2b-frnz-s-01/overmann/baf5/decolonisation.doc>**

- 
- 1 Manfred Overmann: Sklaverei und Menschenrechte im Land der Marianne und seinen Kolonien. In: *Dokumente*, 4/2007, S. 89–93.
  - 2 Alexandre Gerbi: Histoire de la décolonisation franco-africaine. Imposture, refoulements et névroses. L'Harmattan, Paris 2006.
  - 3 Vgl. Paul Isoart: L'élaboration de la constitution de l'union française: les assemblées constituantes et le problème colonial. In: Charles-Robert Ageron (Hg.): Les chemins de la décolonisation de l'Empire colonial français 1936–1956. Editions du centre national de la recherche scientifique, Paris 1986, S. 31.
  - 4 Vgl. Bernard Debré: De la mauvaise conscience en général et de l'Afrique en particulier. Editions Lattès, Paris 2003.
  - 5 Vgl. Gerbi, a.a.O. (Anm. 2), S. 139.
  - 6 Zit. nach Tzvetan Todorov: L'esprit des lumières. Robert Laffont, Paris 2006, S. 29.
  - 7 Gilles Manceron: Marianne et les colonies. La Découverte, Paris 2003.
  - 8 Vgl. Gerbi, a.a.O. (Anm. 2), S. 144.
  - 9 Ebd., S. 145.
  - 10 Vgl. die Debatte auf der Website der Menschenrechtsliga von Toulon ([www.ldh-toulon.net/spip.php?rubrique124](http://www.ldh-toulon.net/spip.php?rubrique124)), Rubrik „Histoire et colonies: l'identité nationale“.
  - 11 Tzvetan Todorov: Un ministère indésirable dans une démocratie libérale. In: *Le Monde*, 17.3.2007.
  - 12 Laurent Mucchielli: L'identité nationale, une régression historique et politique. Der Artikel ist auf der Website der LDH-Toulon seit dem 1.4.2007 online abrufbar ([www.ldh-toulon.net/spip.php?article1973](http://www.ldh-toulon.net/spip.php?article1973)) und wurde später in *Le Monde* veröffentlicht. Vgl. auch Mucchielli (Hg.): Quand les banlieues brûlent. Retour sur les émeutes de novembre 2005. La Découverte, Paris 2006 und 2007.